



BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN  
KREISVERBAND GIEßEN



Eg. 30. 5. 2012  
A

Herrn  
Kreistagsvorsitzenden  
Karl-Heinz Funck  
Riversplatz 1-9  
35394 Gießen

Vorlage Nr.: 0732/1-2012

Mit Antrag  
auf direkte  
Ausschüßberatung

Gießen, den 30.05.2012

### Solarpark Gießen-Allendorf

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

die Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis90 / Die Grünen und Freien Wählern bitten Sie zur Sitzung des Kreistages am 25.06.2012 folgenden Antrag nach Beratung im KTA-AWKE auf die Tagesordnung zu nehmen:

#### Der Kreistag möge beschließen:

*Der Kreisausschuss des Landkreises Gießen wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Stadt Gießen, unter Berücksichtigung der vom Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn aufgestellten und einstimmig beschlossenen Bedingungen, die Errichtung und den Betrieb eines Solarparks auf dem Gelände der ehemaligen Kreisabfalldeponie zu prüfen. Hierbei ist eine mögliche Unterverpachtung der Fläche, als auch die Errichtung einer Solaranlage alleine mit der Möglichkeit der Bürgerbeteiligung oder unter Beteiligung des Landkreises in einem Genossenschaftsmodell möglich.*

#### Begründung:

*Begründung erfolgt mündlich. Als Anlage ist der einstimmig beschlossene Antrag des Ortsbeirats Gießen-Allendorf/Lahn beigelegt.*

  
Horst Nachtigall  
SPD-Fraktion

  
Hiltrud Hofmann  
Fraktion Bündnis90 /  
Die Grünen

  
Günther Semmler  
Fraktion FW

## **A u s z u g**

aus der Niederschrift der 6. Sitzung des Ortsbeirates Allendorf vom 20.03.2012

- 9. Prüfung des Bau eines Solarkraftwerkes auf dem Gelände der ehemaligen Mülldeponie Gießen-Allendorf - Antrag der FDP-Fraktion vom 03.03.2012 für die Stadtverordnetenversammlung -** **STV/0747/2012**

**Antrag:**

„Der Magistrat wird beauftragt den Bau eines Solarkraftwerkes auf dem Gelände der ehemaligen Mülldeponie bei Allendorf zu prüfen.  
Wenn die Prüfung ein positives Ergebnis zeigt, soll der Magistrat bei privaten Investoren für dieses Projekt werben.“

- 9.1. Prüfung des Baus eines Solarkraftwerkes auf dem Gelände der ehemaligen Mülldeponie Gießen-Allendorf - Interfraktioneller Antrag des Ortsbeirates vom 14.03.2012 -** **OBR/0780/2012**

**Antrag:**

Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn bittet den Magistrat zu prüfen, ob die Stadt Gießen in Abstimmung mit dem Landkreis Gießen auf dem südwestlichen Teil der ehemaligen Kreisabfalldeponie unter folgenden Bedingungen einen Solarpark realisieren kann:

1. Der zukünftige Betreiber berücksichtigt die vorhandenen Wege auf dem Gelände, die laut Wegeplanung der Arbeitsgruppe „Rundwanderweg Allendorf/Lahn“ erhalten bleiben sollen (siehe Anlage).
2. Der zukünftige Betreiber sorgt
  - a. für die beiden Wegeverbindungen zum südwestlichen Hauptweg gemäß der Wegeplanung der Arbeitsgruppe „Rundwanderweg Allendorf/Lahn“
  - b. und für die Wegeverbindung zum Gipfel.
3. Der Betreiber sorgt in Abstimmung mit dem Landkreis Gießen und dem

Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn

- a. für die Einzäunung des Solarparks und
  - b. eine Abgrenzung des Wanderwegs im Deponiebereich zum restlichen (gesperrten) Deponiegelände.
4. Der Betreiber sorgt für einen Aussichtspunkt auf dem Gipfel, d.h. dass die Fläche am Gipfel mit offenem Blick in alle Richtungen frei gehalten wird.
  5. Der Betreiber sorgt in Abstimmung mit dem Landkreis Gießen und dem Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn für eine angemessene Sichtschutzbepflanzung.
  6. *Der Betreiber soll eine Bürgerbeteiligung in Form einer „Bürgersolaranlage“ ermöglichen, bevorzugt für Allendorfer Bürgerinnen und Bürger.*
  7. Es sollen hocheffiziente Solarmodule, vorzugsweise monokristallines Silizium, verwendet werden.

**Begründung:**

In der letzten Legislaturperiode hatte der Ortsbeirat noch einen Solarpark auf dem Gelände der ehemaligen Kreisabfalldeponie Allendorf/Lahn abgelehnt, weil die Frage der Nachfolgenutzung derselben noch nicht abschließend geklärt war. Mittlerweile hat die vom Ortsbeirat gebildete Arbeitsgruppe „Rundwanderweg Allendorf/Lahn“ ein Wegekonzept, auch unter Einbeziehung des ehemaligen Deponiegeländes, erarbeitet. In einer Besprechung mit dem Deponiebetreiber (Landkreis Gießen) im November 2011 wurde erklärt, dass das nordöstliche Deponiegelände wegen der Deponieentgasungsanlagen und sonstigen technischen Anlagen weiterhin genutzt werden muss und von daher der Öffentlichkeit kurz- und mittelfristig noch nicht zugänglich gemacht werden kann. Das südwestliche Deponiegelände könnte hingegen mittelfristig für die Öffentlichkeit freigegeben werden, wenn die Einzäunung der Gasbrunnen und des nördlichen und nordöstlichen Deponiegeländes sichergestellt wird. Mit der Wegeplanung der Arbeitsgruppe war der Deponiebetreiber aber grundsätzlich einverstanden. Wenn man dieses südliche und südwestliche Deponiegelände für einen Solarpark nutzen würde und auf dieser Basis für eine Einzäunung der vorhandenen Gasbrunnen und des gesperrten Geländes gesorgt würde, könnte die Freigabe der südlichen und südwestlichen Wege und des Gipfels wesentlich beschleunigt werden.

Aus diesem Grund stellt der Ortsbeirat seine in der letzten Legislaturperiode geäußerten Bedenken gegen einen Solarpark zurück und befürwortet jetzt vor dem Hintergrund der globalen Energieversorgungslage einen solchen. Allendorf will dadurch seinen Beitrag zur erforderlichen Energiewende leisten. Die Stromeinspeisungsleitungen des Landkreises Gießen (von der Gasverstromungsanlage ins Netz der Stadtwerke Gießen) können dabei genutzt werden, d.h. ohne großen Aufwand wird eine Verbindung zum Stromnetz geschaffen. Da das Deponiegelände eine „Altlast“ ist, kann mit erheblichen staatlichen Zuschüssen gerechnet werden, auch wenn jüngst die Bundesregierung die Zuschüsse für Solarstromherstellung erheblich reduziert hat.

Der künftige Betreiber des Solarparks soll aber kein „Energieriese“ sein, sondern der Solarpark soll entweder durch die beiden Gebietskörperschaften (Stadt Gießen oder Landkreis Gießen) und/oder dem örtlichen Energieversorger (Stadtwerke Gießen) oder durch einen Verein, eine Genossenschaft oder ausnahmsweise durch eine kleine Gesellschaft als „Bürgersolaranlage“ betrieben werden.

Dem Ortsbeirat ist es wichtig, dass im Falle einer Nutzung des ehemaligen Deponiegeländes auch dessen Ziele zum Rundwanderweg umgesetzt (Wegeverbindung, Wegeausbau, Aussichtspunkt) werden. Die herrliche Aussicht vom Gipfel – und da ist sich die Arbeitsgruppe „Rundwanderweg Allendorf/Lahn“ einig – muss unbedingt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. So kann heute eine sinnvolle und nachhaltige Politik für die Zukunft praktiziert werden, bei der es nur Gewinner gibt.

Nachdem Ortsvorsteher Euler seinen Vorsitz an Herrn Prof. Dr. Bockisch übergibt, trägt er den Initiativantrag mit ausführlicher Begründung vor und dankt den Fraktionsvorsitzenden für die sachliche und konstruktive Beratung im Vorfeld der heutigen Sitzung zum Initiativantrag und dem abschließend guten Ergebnis. Damit leiste Allendorf/Lahn seinen Beitrag zur Energiewende. Außerdem erläutert er anhand eines Planes die einzelnen Gegebenheiten mit zukünftiger Wegeverbindung der ehem. Kreisabfalldeponie.

Er hält fest, dass man sich zu Beginn der Sitzung darauf verständigt habe, dass am Freitag, 23.03.2012 um 15.00 Uhr, eine Pressekonferenz zum Thema stattfinden werde und er die Presse dazu noch einladen werde.

Nach eingehender Beratung, an der sich weiterhin Herr Prof. Dr. Bockisch, Herr Karger, Herr Dr. Niessner, Herr Stv. Heller und Herr Stv. Dr. Greilich beteiligen, wird der Punkt 6 des Antrages wie folgt geändert:

6. *Der Betreiber soll eine Bürgerbeteiligung in Form einer „Bürgersolaranlage“ ermöglichen, bevorzugt für Allendorfer Bürgerinnen und Bürger.*

Für wichtig hält Ortsvorsteher Euler es, dass die einzelnen Fraktionen im Ortsbeirat die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung über den Initiativantrag des Ortsbeirates zügig informieren sollten und dieser auch an die Kreistagsfraktion weitergegeben wird. Vielleicht könne man sich auf eine gemeinsame Vorgehensweise verständigen.

Herr Stv. Dr. Greilich informiert die Ortsbeiratsmitglieder darüber, dass bereits nächste Woche eine Begehung mit einem potentiellen Betreiber auf der Deponie stattfinden werde.

---

Bestätigung für die Richtigkeit des Auszuges:

gez.

Kerstin Braungart

Schriefführerin

---

